

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

11. Januar - 17. Januar 2025

Der neue Premierminister Francois Bayrou hat am Dienstag, dem 14. Januar, seine Regierungserklärung vor dem Parlament verlesen. Fast eineinhalb Stunden lang sprach Bayrou von „Aufrüttelung“ und „Versöhnung“, konnte die Opposition dabei aber nicht von seinen politischen Ideen überzeugen. In seiner Haltung zur Staatsverschuldung Frankreichs und den Defiziten im Rentensystem zeigte er sich unerbittlich. Er machte alle Regierungen seit 1981 für die gegenwärtige Lage verantwortlich und erklärte, dass die zunehmende Aufnahme von Schulden jedes Jahr die zukünftigen Generationen stärker belastet. Dieses Problem bezeichnete er als moralisches Dilemma, das dringend angegangen werden müsse. Zur Überprüfung der Rentenreform kündigte er die Einrichtung eines dreimonatigen Sonderausschusses beim Rechnungshof an.

Die *Parti Socialiste* hat am Donnerstag, dem 16. Januar, bestätigt, dass sie die Regierung vorerst nicht zensieren wird. Der von der linkspopulistischen Partei *La France Insoumise* unmittelbar nach der Regierungserklärung von François Bayrou eingereichte Misstrauensantrag, der auch von den Abgeordneten der Kommunisten und der Grünen unterstützt wurde, wurde gestern im Parlament abgelehnt. Nur 131 Abgeordnete stimmten dafür, 288 wären erforderlich gewesen. Die Entscheidung der *Parti socialiste*, den Misstrauensantrag nicht zu unterstützen, markiert den Bruch innerhalb der linken *Neuen Volksfront*, dessen Anzeichen sich in den letzten Tagen verdichtet hatten. Ein wesentlicher Faktor dafür war, dass die Regierung Bayrou der *Parti socialiste* mehrere Zugeständnisse gemacht hat. So soll ein Sonderausschuss zur Rentenreform eingerichtet werden, es sind Gespräche über eine Steuer auf hohe Vermögen geplant und 4000 Lehrerstellen sollen erhalten bleiben.

Die französische Arbeitslosenversicherung *Unédic* sorgt sich um ihre Finanzierung aufgrund des fehlenden Haushalts. In einem Schreiben an den französischen Premierminister François Bayrou haben die Verwalter der Arbeitslosenversicherung am Montag, den 14. Januar, darauf aufmerksam gemacht, dass ohne den Haushalt keine Kredite zur Finanzierung aufgenommen werden können. In dem Schreiben wird darauf hingewiesen, dass die politischen Entscheidungen unter Präsident Macron zu einer hohen Verschuldung geführt haben. So habe die Arbeitslosenversicherung heute Schwierigkeiten, ihre Schulden abzubauen, die sich Ende 2024 auf € 59 Milliarden belaufen werden. Eine Situation, die die *Unédic* dazu zwingt, vor allem kurzfristige Kredite aufzunehmen, um ihre Schulden zu tilgen. Für den Zeitraum 2023 bis 2027 wird der Betrag dieser Kredite auf € 900 Millionen geschätzt.

Die Beziehungen zwischen Frankreich und Algerien befinden sich in einer Krise, die durch diplomatische Spannungen und jüngste Vorfälle gekennzeichnet ist, in die algerische oder französisch-algerische Influencer verwickelt sind. Diese Spannungen sind vor dem Hintergrund geopolitischer Rivalitäten zu sehen. 2023 näherte sich Frankreich Marokko an, indem es insbesondere dessen Souveränität über die Westsahara unterstützte, ein Gebiet, das keinen offiziellen Status hat und zwischen Marokko und Algerien umstritten ist. Diese Positionierung, die von Algier als Verrat aufgefasst wurde, ließ historische Reibungen wieder aufleben. Am 5. Januar 2025 wurde der algerische Influencer Doualem in Montpellier festgenommen, weil er ein Video veröffentlicht hatte, in dem er zu Gewalt gegen einen regierungskritischen algerischen Demonstranten aufrief. Fünf Tage später beschloss Frankreich, ihn nach Algerien abzuschieben. Doch Algerien weigerte sich, ihn aufzunehmen und Doualem wurde noch am selben Abend nach Frankreich zurückgeschickt. Angesichts dieser Krise erwägt Frankreich Gegenmaßnahmen wie die Aufhebung des Abkommens von 2013, das es Inhabern algerischer Diplomatenpässe ermöglicht, sich ohne Visum in Frankreich zu bewegen, allgemeine Visumsrestriktionen und Anhebung der Zölle oder eine Kürzung der Entwicklungshilfe, die sich bis 2022 auf € 131,79 Millionen belief. Algerien reagierte auf die Drohungen und erklärte, es sei keineswegs „an einer Logik der Eskalation oder der Demütigung beteiligt“.

Im Jahr 2024 wurden in Frankreich 663.000 Kinder geboren, was laut dem neuen Bevölkerungsbericht des INSEE einen Rückgang von 2,2 % gegenüber 2023 bedeutet. Das ist ein Rückgang um 21,5 % im Vergleich zu 2010, dem Jahr mit dem letzten Höchststand an Geburten. Frankreich bleibt jedoch das fruchtbarste Land der Europäischen Union mit 1,62 Kindern pro Frau im Vergleich zu durchschnittlich 1,46 in den anderen EU-Ländern.

Christophe Castaner, ehemaliger Innenminister (unter Macron), und Nicole Guedj (unter Chirac), ehemalige Staatssekretärin, wurden von Shein, einem chinesischen Giganten der Ultra-Fast-Fashion, in ein regionales Strategiegremium für soziale und ökologische Verantwortung berufen. Diese Ernennungen erfolgen zu einem Zeitpunkt, an dem der Senat ein Gesetz prüft, das darauf abzielt, die Fast-Fashion-Branche zu regulieren – ein Sektor, der für seine ökologischen Auswirkungen, umstrittenen Arbeitsbedingungen und unlauteren Wettbewerb mit der französischen Modeindustrie kritisiert wird. Der Zeitpunkt dieser Ernennungen löst Besorgnis unter französischen Politikern aus, da befürchtet wird, dass diese Persönlichkeiten als Lobbyisten eingesetzt werden könnten, um die Gesetzesdebatte zu beeinflussen. Shein bestreitet jeglichen Zusammenhang zwischen diesen Ernennungen und dem diskutierten Gesetz und erklärt, dass sie ausschließlich auf der Expertise der Betroffenen beruhen. Christophe Castaner weist die Vorwürfe des Lobbyings zurück.



PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN

Gibt es bald einen neuen Namen und neue Statuten für *Les Républicains* im Hinblick auf die nächsten Wahlen in Frankreich (2026 und 2027)? Nach Informationen der Tageszeitung Le Figaro arbeitet der Fraktionsvorsitzende **Laurent Wauquiez** daran, die Grundzüge der Neuausrichtung auf einem Kongress des Politischen Büros der Partei am 4. Februar vorzustellen. Ob Wauquiez damit auch einen ersten Schritt in Richtung Parteivorsitz machen will, bleibt abzuwarten. Fakt ist, dass die Partei nach dem Rücktritt von Eric Ciotti offiziell immer noch keinen Parteivorsitzenden hat.

3	8	4	7
0	2	6	5
5	3	1	2
7	4	9	6
8	2	0	1

DIE ZAHL DER WOCHE

65 %

Alle zwei Jahre lässt die deutsche Botschaft in Frankreich eine Umfrage über die Wahrnehmung Deutschlands durch die Franzosen durchführen. In dieser Umfrage erscheinen die deutsch-französischen Beziehungen als weniger solide (65 %, -7 Punkte) und weniger zufriedenstellend (58 %, -7 Punkte) als vor zwei Jahren. Für die Zukunft der EU scheinen sie jedoch nach wie vor notwendig zu sein (83 %), ein Niveau, das dem von 2022 entspricht. Fast die Hälfte (48 %) der Franzosen ist jedoch der Meinung, dass sie sich in einer schwierigen Lage befinden. Positiv zeigen sich die Ergebnisse bei jungen Menschen. Beispielsweise scheinen die 18-24-Jährigen überdurchschnittlich neugierig auf das Nachbarland zu sein: 74 % gegenüber 61 % der Gesamtbevölkerung geben an, nach Deutschland reisen zu wollen, und 76 % gegenüber 58 %, äußerten den Wunsch, die deutsche Kultur besser kennenlernen zu wollen.

Die Umfrage kann über den folgenden Link aufgerufen werden: [Umfrage](#).